

Verpasst Ottersberg eine große Chance?

Förderantrag droht zu verfallen

2009 hat die Gemeinde Ottersberg ein Klimaschutzkonzept in Auftrag gegeben, das ihr im November 2010 übergeben wurde. In der Ratssitzung vom 6.4.2011 wurde der Beschluss gefasst, auf dem Gebiet der Gemeinde Ottersberg die Strom- und Wärmeversorgung mittel- bis langfristig zu 100% mit erneuerbaren Energien zu bestreiten. Der anschließende Förderantrag, den die Gemeinde beim Bundesministerium für Umweltschutz gestellt hat, könnte jetzt positiv beschieden werden, wenn die Gemeinde Beschlüsse zur Durchführung konkreter Maßnahmen und zu deren Überprüfung fassen würde. Dies ist bis heute nicht geschehen. Wenn der Antrag nicht ergänzt oder zurückgezogen wird, würde er in den nächsten Wochen abgelehnt. Die Ablehnung hätte zur Folge, dass die Gemeinde auch zukünftig keine Förderanträge mehr im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes beim BMU stellen könnte. Ein ungewöhnlicher Vorgang im BMU-Förderprogramm. Wir sind alarmiert und halten das Verhalten der Gemeinderatsmitglieder für wenig nachvollziehbar. Welche Gründe könnte es hierfür geben?

1. Der klamme Haushalt der Gemeinde?

- Im Bauamt war eine Stelle frei und ist jetzt neu besetzt geworden. Wir begrüßen dies. Diese Stelle hätte zur Hälfte mit den Aufgaben des Klimaschutzbeauftragten betraut werden und damit im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes förderfähig gemacht werden können. Mit der Förderung wäre die Stelle größtenteils bezahlt worden. Nun belastet sie voll die Gemeindekasse.
- Die Finanzierung eines Klimaschutzbeauftragten hätte die Gemeinde 30.000€ verteilt auf 3 Jahre gekostet. Wenn kein Geld in der Gemeindekasse ist, warum investiert die Gemeinde 90.000 € in eine Windkraftanlage, die auch ohne Gemeindegelder privat leicht zu finanzieren gewesen wäre? Ein Einfluss der Gemeinde auf die Anlage wäre auch mit 10.000 € erreicht worden.

2. Die Furcht vor Verwaltungsaufwand?

Wenn man sich ernsthaft um die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes kümmern möchte, entsteht Arbeitsaufwand. Durch die Förderung von 65% durch das BMU wäre dieser Aufwand günstig zu bestreiten gewesen.

3. Kosteneinsparung und gestiegene Gewerbesteuereinnahmen durch die Klimaschutzmaßnahmen würden die Wirtschaftskraft der Gemeinde stärken und den klammen Haushalt mittelfristig entlasten. Überall in der Bundesrepublik berichten Bürgermeister von gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen durch die gelungene Umsetzung von Energiekonzepten.

4. Leider hat die Gemeinde aus dem gesamten Klimaschutzkonzept lediglich den Bereich „kommunale Liegenschaften“ aufgegriffen. Und auch hier gibt es noch keine konkreten Maßnahmen und noch keine Bereitstellung finanzieller Mittel. Dort, wo das Einsparpotenzial am größten ist, bei privaten und gewerblichen Gebäuden, hat die Gemeinde keine Aktivitäten beschlossen. In der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt als würde das Klimaschutzkonzept mit dem weitreichenden Ziel einer CO₂-Einsparung von 40% bis 2020 und 80% bis 2040 umgesetzt. Wir sehen nicht, wie diese Ziele mit den bisherigen Beschlüssen der Gemeinde erreicht werden können.

Ikeo e.V. Vorstand

Bernhard Schorn

Torben Mammen